

Antrag: B1 – Institutionelle Verknüpfung mit der Parteilinken beenden

Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand 2005/2006

Die Jusos Hessen-Süd beenden die bisher praktizierte institutionelle Verknüpfung zwischen Juso-Verband und Parteilinke und organisieren künftig nicht mehr die Bezirkslinke in der südhessischen SPD.

Begründung

Die selbstverständliche institutionelle Verknüpfung der Jusos mit der Parteilinken als partnerschaftliches Bündnis funktionierte über Jahrzehnte sehr erfolgreich und zum gegenseitigen Nutzen. Diese Zusammenarbeit hat über die Zeit Impulse gesetzt, die die SPD programmatisch und personell entschieden voran gebracht haben – bundesweit, aber auch in Südhessen, wo die Jusos seit undenklichen Zeiten die Bezirkslinke organisieren und der Juso-Vorsitzende damit qua Amt der Sprecher der Linken ist.

Seit Anfang der 90er Jahren hat sich die südhessische Bezirkslinke mehr und mehr von ihrem inhaltlichen Anspruch verabschiedet. Dies ist eindeutig nicht den Jusos anzulasten, die in den letzten 15 Jahren die unterschiedlichsten Versuche unternahmen, die Linke in Südhessen als inhaltlichen Zusammenhang wiederzubeleben. Zuletzt hat die Juso-Bezirkskonferenz 2004 sich der Problematik angenommen und nach einer intensiven Debatte noch einmal beschlossen, einen „Neuanfang“ in Angriff zu nehmen:

„Die Bezirkslinke muss heraus aus der Ecke des abgeschlossenen Kugelzusammenhangs, dessen einzige wahrnehmbare Bestimmung das Zusammenstellen von Wahllisten (Tickets) ist. Wir wollen eine offene, zukunftsorientierte und vor allem inhaltliche Linke, von deren Diskussionen die Partei und die Jusos gleichermaßen profitieren. Wir werden deswegen – in Absprache mit unseren Bündnispartnerinnen und -partnern in der Partei folgende Schritte hin zu einer neuen Bezirkslinken gehen (...)“

In der Folge wurden gemeinsam Konzepte für die Arbeit in der Bezirkslinken und für die Verknüpfung von inhaltlichen Veranstaltungen der Jusos mit der Bezirkslinken erarbeitet und umgesetzt. Die südhessischen Jusos haben viel Zeit und Arbeit in diesen Prozess gesteckt – leider war dies nicht erfolgreich.

Dies ist zum einen der Tatsache zuzuschreiben, dass sich viele „Altlinke“ mit der Reduzierung der Bezirkslinken auf die Rolle eines Kugelkreises längst abgefunden haben oder diese sogar befürworten und daher das Interesse an einem ernsthaften inhaltlichen Diskurs nicht vorhanden ist. Die Bezirkslinke arbeitet daher weder kontinuierlich, noch erfolgt ein Austausch zwischen den Jusos und der Bezirkslinken. Sie erfüllt heute lediglich noch die Funktion, vor Wahl- oder Listenparteitagen eine Klärung über Personalfragen herbei zu führen.

Zum anderen wurde im Laufe der Jahre die traditionelle Zusammenarbeit bzw. die Unterstützung der Jusos für die Bezirkslinke von der Realität überholt: Die früher selbstverständliche emotionale Bindung der breiten Masse von Jusos an die Bezirkslinke und die selbstverständliche Unterstützung der Bezirkslinken für die Verbandsinteressen der Jusos sind nicht mehr vorhanden. Auf Seiten der Jusos wird diese offizielle Bindung von einem großen Teil des Verbandes

bestenfalls geduldet und auf Seiten der organisierten Linken in der SPD ist eine Unterstützung der von den Jusos formulierten Verbandsinteressen ebenfalls schon lange keine Selbstverständlichkeit mehr – im Gegenteil: häufig genug wurde in den letzten Jahren massiv und unabgesprochen gegen die von den Jusos formulierten Interessen gehandelt. Geschehen ist dies beispielsweise in Form äußerst unglücklicher Personalentscheidungen, bei denen entgegen der Positionierung der Jusos junge Frauen seitens der Parteihierarchie als Juso-Kandidatinnen ins Rennen geschickt wurden.

Die entsprechenden Genossinnen sind sicherlich Jusos, waren aber eben nicht die nominierten Kandidatinnen des Juso-Verbandes. Ein weiteres Beispiel ist die regelrechte Hexenjagd auf vermeintlich dem „Netzwerk Hessen“ angehörende Genossinnen und Genossen die von Teilen der Linken betrieben wird und bereits zur Nicht-Unterstützung von Juso-Kandidaturen geführt hat. Derartige Vorfälle verschärften nicht nur Konflikte innerhalb der Jusos sondern rissen auch Wunden zwischen Jusos und Partei.

Dabei zeigt der Konflikt der Partei, der sich an den beiden Gruppierungen „Bezirkslinke“ und „Netzwerk Hessen“ festmacht, im übrigen sehr genau, wie weit die Strukturen der Linken in Südhessen längst von der Realität des aktuellen Juso-Verbandes entfernt hat. Die Jusos, die hier ihren Konflikt austragen, sind, wenn überhaupt, Jusos der achtziger oder frühen neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts. In der täglichen Arbeit der Jusos dieses Jahrtausends spielt er nur dann eine Rolle, wenn Versuche unternommen werden, ihn von Außen in den Verband hineinzutragen.

Auch hieran zeigt sich die Notwendigkeit einer Neubestimmung unseres Verhältnisses zur Linken: Der Spagat, institutionell eine der beiden Parteiflügel zu organisieren und gleichzeitig den Parteikonflikt aus den Jusos herauszuhalten, kann auf Dauer nicht gelingen; zumal wir als Verband gegenüber der Partei unsere eigenen, legitimen Interessen haben, die nicht an der innerparteilichen Konfliktlinie zerrieben werden dürfen.

So ist es kaum verwunderlich, wenn die für einen weiteren Neuanfang nötige breite Akzeptanz im Verband schlicht fehlt. Zwar gehört nach wie vor ein Teil des Verbandes inhaltlich und emotional zur Bezirkslinken, die Bezirkslinke als solche hat jedoch schon vor Jahren enorm an Strahlkraft verloren und Jusos sortieren sich schon lange nicht mehr automatisch bei der Bezirkslinken ein. Die Jusos wollen schon lange die Jugendorganisation der gesamten Partei sein, nicht nur die eines Teiles derselben. Sie sind daher auch nicht länger der natürliche Nachwuchs, aus dem sich die Bezirkslinke rekrutiert und werden dies vermutlich nie wieder sein. Dies gilt es auf beiden Seiten zu akzeptieren.

Zusammengefasst heißt das: Es gibt inzwischen in der Zusammenarbeit zwischen Jusos und Parteilinken keine inhaltliche Ebene mehr von der der Verband profitiert. Dafür fehlt sowohl der nötige Input einer lebendigen Bezirkslinken in den Verband als auch die geeignete Plattform, mit der Jusos in die Partei wirken können. Weiterhin haben die letzten Jahre bewiesen, dass dieser Zusammenhang den Jusos auch personalpolitisch keine Vorteile mehr anzubieten hat.

Unsere Chance besteht darin, uns strategisch wieder darauf zu konzentrieren, die Partei zu prägen, anstatt sie mittels Einladungsschreiben zu verwalten. Wir erklären uns institutionell unabhängig – wir stellen uns damit ganz bewusst auf keine der traditionellen Seiten. Das heißt auch: Wir sind zukünftig in der Lage

mit allen Teilen der SPD unsere Positionen auszutauschen und gegebenenfalls gemeinsame Interessen durchzusetzen.

Beschlossen: 29.04.2006